

Kirchliches Zeitgeschehen

1. Streiflichter

Was im Mai 1985 als der „Prozeß des Jahrhunderts“ begann, ging im März 1986, ohne Schlagzeilen zu machen, zu Ende. Es handelte sich um das Verfahren gegen die angeblichen Hintermänner des Papstattentäters Ali Agca in Rom. Drei Bulgaren und zwei Türken wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Das Gericht konnte keinen Beweis erbringen, daß der bulgarische Geheimdienst in einer Verschwörung gegen Papst Johannes Paul II. verstrickt war. Überhaupt war das Verfahren nicht imstande, auch nur etwas Licht in das undurchsichtige Gewirr von „Grauen Wölfen“, internationalem Terrorismus, Waffen- und Drogenschmuggel sowie der Mafia zu bringen. Die Anklage hatte sich vor allem auf die Aussagen Ali Agcas gestützt, der mehrere Monate nach seiner Verurteilung seine Landsleute und die Bulgaren beschuldigt hatte. Im Prozeß zog er dann alle seine vorher gemachten Aussagen durch zahlreiche Widersprüche in Zweifel. Vor allem machte er sich durch seine religiös-mystischen Anwandlungen unglaublich. Immer wieder bezeichnete er sich als Jesus Christus und wies auf das dritte Fatima-geheimnis hin. Damit sind die Ermittlungen nach den Hintermännern zur Ermordung des Papstes am 13. Mai 1981 wieder am Nullpunkt angelangt.

Schlagzeilen machte Johannes Paul II. mit seinem historischen Besuch in der Synagoge von Rom am 13. April 1986. Mit Recht haben Kommentatoren geschrieben, daß diese kurze Reise des Papstes vielleicht sein längster Weg war. Der Papst legte die zwei Kilometer, die den Vatikan von der Synagoge trennen, in seinem geschlossenen Wagen zurück. Während der Oberrabbiner Elio Toaff den Papst vor dem jüdischen Gotteshaus mit Küssen auf beide Wangen begrüßte, klatschte die Gemeinde laut Beifall. Nachdenklich hörte sich dann das Oberhaupt der katholischen Kirche an, was der Präsident der jüdischen Gemeinde in Rom, Giacomo Saban, und der Oberrabbiner Elio Toaff bezüglich der traurigen Beziehungen zwischen Christentum und Judentum sagten. Da wurde das Ghetto angesprochen, das Papst Paul IV. (1555–1559) in Rom eingerichtet hat, die Verbrennung von jüdischen Schriften auf dem „Campo dei fiori“ und das „Schweigen der Kirche“ während des Zweiten Weltkrieges, als Millionen von Juden durch den Nationalsozialismus umkamen.

Großen Applaus erntete der Papst, als er seine Ansprache mit den Worten „Liebe jüdische und christliche Freunde“ begann. Dann fuhr er fort: „Die jüdische Religion ist uns nicht etwas Äußerliches, sondern gehört in gewisser Weise zum Inneren unserer Religion, zu ihr haben wir somit Beziehungen wie zu keiner anderen Religion. Ihr seid unsere bevorzugten Brüder, und so könnte man gewissermaßen sagen, unsere älteren Brüder.“ Besonderen Eindruck machte der Papst, als er sagte: „Ja, die Kirche beklagt nochmals durch mich mit den Worten des Konzilsdekretes ‚Nostra Aetate‘ alle Haßausbrüche und Verfolgungen, alle Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemandem gegen die Juden gerichtet haben, ich wiederhole: von wem auch immer.“ Auf die sowohl von Saban wie von Toaff geforderte diplomatische Anerkennung des Staates Israel ging der Papst allerdings nicht ein. Bleibt nur zu hoffen, daß durch diesen Papstbesuch das Sprichwort der römischen Juden in Erfüllung gehen möge, das besagt: „Wenn der Papst in die Synagoge kommt, werden die Verfolgungen aufhören.“

Ende Mai veröffentlichte Johannes Paul II. seine fünfte Enzyklika, die den Titel trägt „*Dominum et Vivificantem*“ — über den Heiligen Geist im Leben der Kirche und der Welt. Darin betonte der Papst, daß es an der Schwelle zum dritten Jahrtausend gelte, das Bewußtsein für den Heiligen Geist, der in der Kirche für „Kontinuität und Identität“ stehe, weiterzuentwickeln. In dem Lehrschreiben erteilte das Oberhaupt der katholischen Kirche dem religionsfeindlichen Materialismus und insbesondere dem Marxismus eine entschiedene Absage. Allgemeinen Beifall bekam die Befreiungsinstruktion, die die Glaubenskongregation am 5. April vorstellte. Darin wird die Rangfolge der christlichen Prioritäten nachhaltig festgelegt: „Die Kirche will das Wohl des Menschen in allen seinen Dimensionen, zuerst als Glied der Gottesstadt, dann als Bürger der irdischen Stadt.“ Erneuert wird allerdings auch die Aussage von Papst Paul VI., die Anwendung von Gewalt könne als „letzter Ausweg“ gerechtfertigt sein, um „einer eindeutig und lange dauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes ernsten Schaden zufügt“ ein Ende zu setzen. Allgemein hat man den Eindruck, daß durch dieses Dokument die Befreiungstheologie positiver gewertet wird, als in der im Herbst 1984 veröffentlichten Stellungnahme der Glaubenskongregation.

Sehr kritisch hat sich der Präfekt der Kongregation für den Gottesdienst, Augustin Mayer, im April über Ministrantinnen geäußert. Der Präfekt erklärte, daß die Frage, ob Mädchen am Altar dienen könnten, letztlich vom Papst entschieden werden müßte. Einzelne Bischofskonferenzen dürften eine solche Erlaubnis nicht geben.

Aufhorchen ließ, was der Präsident der Präfektur für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Heiligen Stuhls, Kardinal Giuseppe Caprio, im März zu Journalisten sagte. Demzufolge soll der Finanzskandal um die vatikanische Bank „Institut für die Religiösen Einrichtungen“ (IOR) dem Ruf der vatikanischen Verwaltung so geschadet haben, daß der sogenannte Peterspfennig zurückgegangen ist. An eine Veröffentlichung des Etats der Verwaltung der Vatikanstadt ist aber nach wie vor nicht gedacht.

Am 19. Jänner stattete Johannes Paul II. dem italienischen Staatspräsidenten Francesco Cossiga einen offiziellen Besuch ab. Dabei hielt dieser das neue Konkordat, das Italien am 18. Februar 1984 mit dem Vatikan geschlossen hat, für ein „Modell, das auch andere Nationen mit Aufmerksamkeit verfolgen“. Auch der Papst würdigte die Abmachungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der italienischen Republik. Allerdings löste die Neuregelung des Religionsunterrichtes, die durch das Konkordat notwendig geworden war, im Februar in Italien beinahe eine Regierungskrise aus. Vorgesehen ist nun, daß bei Kindern unter 14 Jahren die Eltern über den Besuch des Religionsunterrichtes entscheiden. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres entscheiden die Schüler selbst zwischen Religionsunterricht und einem alternativen Angebot. Der Religionsunterricht soll ferner am Anfang oder am Schluß des Unterrichtstages stattfinden. Die Zensuren im Fach Religionsunterricht werden bei der Berechnung des Notendurchschnitts nicht berücksichtigt und erscheinen auch nicht mehr im Zeugnis, sondern auf einem gesonderten Beleg. Mit Bestürzung reagierten die Bischöfe Italiens über die vielen Abtreibungen in ihrem Lande. In einer Botschaft zum „Tag für das Leben“ am 2. Februar erklärten sie, daß werdendes Leben heute oft berechnendem Kalkül ausgesetzt ist. Italien hat mit 405 legalen Abtreibungen auf tausend Lebendgeburten nach Dänemark die zweithöchste Abtreibungsquote in Europa.

Österreich stand in der ersten Jahreshälfte ganz im Fieber der Bundespräsidentenwahl. Dabei gab es über weite Strecken überaus unfair geführte Diskussionen über die beiden Kandidaten, Dr. Kurt Steyrer und Dr. Kurt Waldheim, so daß sich sogar der Vorsitzende

der Österreichischen Bischofskonferenz, der Salzburger Erzbischof Dr. Karl Berg, gezwungen sah, am 11. April mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten. Darin hieß es: „Mit Bestürzung und Betroffenheit verfolgt die katholische Kirche Österreichs die jüngste Entwicklung in den politischen Auseinandersetzungen in unserem Lande. Immer mehr macht sich ein Klima der Polemik, Verdächtigungen, böswilliger Unterstellung, Diskreditierung, ja offener Feindschaft, wenn nicht sogar Haß breit.“ Angesichts der vielen Skandale in Österreich wurde wiederholt in kirchlichen Stellungnahmen die Notwendigkeit eines „Selbstreinigungsprozesses“ ausgesprochen. Schließlich blieb auch die österreichische Kirche durch den peinlichen Fall des Ex-Abtes Rappold von Rein, der größere Geldbeträge veruntreut hatte, von Skandalen nicht verschont. Am 23. Mai erregten mehr als 370 Universitätsprofessoren in Österreich Aufsehen, als sie in einem Appell an die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zum Schutze des ungeborenen Lebens verlangten.

In *Deutschland* bewegte die Idee eines „Ökumenischen Friedenskonzils“ die Gemüter, seitdem Carl Friedrich von Weizsäcker auf dem Evangelischen Kirchentag 1985 in Düsseldorf diesen Vorschlag gemacht hatte. Darüber haben Pfarrgemeinderäte diskutiert, Diözesanräte Beschlüsse gefaßt und Bischöfe ihre Bedenken geäußert. Selbst der Vorsitzende des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Bayerns Kultusminister Hans Maier, hat sich in einem Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees negativ ausgesprochen, da die Idee zwar gut gemeint, aber kaum durchzuführen sei.

Mittlerweile bereitet der deutschen Kirche die „dramatische Abkehr“ junger Frauen von ihr große Sorgen. Nach einer Umfrage bezeichnen sich 1986 nur mehr 22 Prozent der katholischen Frauen unter 30 Jahren als „gläubige Mitglieder“, während es 1968 noch 50 Prozent waren. Erfreulich ist, daß zum ersten Mal in der 90jährigen Geschichte der Deutschen Caritas einer Frau die Leitung der Caritas im Bistum Limburg anvertraut wurde.

Obwohl sich 80 Prozent der *Franzosen* als Katholiken bezeichnen, ist vielen Bürgern dieses Landes das Christentum so fremd wie die griechische Mythologie. Die Tatsache, daß es in Frankreich keine Kirchensteuer gibt, keine theologischen Fakultäten an den Universitäten, keinen Religionsunterricht in den Schulen und keinerlei Zuwendungen vonseiten des Staates, scheint dahin zu führen, daß sich das Christentum in diesem Lande immer mehr auf eine kleine religiöse Minderheit reduziert. So machen die Katholiken Frankreichs auch nur mehr selten von sich reden.

In *England* erregte der Präsident des vatikanischen Einheitssekretariates, Kardinal Willebrands, mit einem im Mai veröffentlichten Briefwechsel zwischen ihm und den Vorsitzenden der offiziellen anglikanisch/römisch-katholischen Dialogkommission Aufsehen. In diesen Schreiben wird von der Möglichkeit einer Anerkennung der anglikanischen Weihen seitens der katholischen Kirche gesprochen. Diese Weihen hatte allerdings Papst Leo XIII. 1896 wegen eines Formmangels und wegen des Fehlens der rechten Intention für ungültig erklärt. Ein großes Hindernis für die Anerkennung der anglikanischen Weihen ist heute die in einigen Ländern bereits übliche Weihe von Frauen zu anglikanischen Geistlichen.

Interessant ist, daß durch den Beitritt von *Spanien* und *Portugal* zur Europäischen Gemeinschaft Anfang des Jahres der Anteil der Katholiken in der EG von 56 Prozent auf 62,3 Prozent gewachsen ist. Der Anteil der Protestanten hingegen ist von 25,7 Prozent auf 21,8 Prozent gesunken. Damit gehört nur mehr jeder fünfte Bürger der EG einer protestantischen Kirche an. Über die Bedeutung, die Gott im Leben der Bürger spielt, haben die Europäer sehr unterschiedliche Auffassungen. Nach einer Umfrage hat Gott bei

46 Prozent der befragten Iren und Portugiesen eine sehr große Bedeutung. Die Länder, in denen ein Fünftel bis ein Viertel der Befragten Gott für überhaupt nicht wichtig halten, sind Dänemark, Frankreich und die Niederlande.

In den USA, wo noch 95 Prozent der Bevölkerung an Gott glauben, nimmt der kritische Katholizismus ständig zu. Selbst die Bischöfe dieses Landes machen mit unkonventionellen Stellungnahmen ständig Schlagzeilen. So haben sie im April dieses Jahres das Repräsentantenhaus in Washington aufgefordert, der von Präsident Reagan angeforderten Militärhilfe für die Contras in Nicaragua nicht zuzustimmen. Immer mehr Kopfzerbrechen bereiten Rom die Nonnen der USA. Am diesjährigen Kongreß der Ordensoberinnen in New York nahm der Nuntius gar nicht teil, nachdem bekannt geworden war, daß unter den Rednern auch eine Schwester war, die zu den Unterzeichnern einer skandalösen Anzeige in der „New York Times“ gehörte. Das 1985 aufgegebene Inserat besagte, daß es in der Kirche mehrere legitime Meinungen über die Abtreibung gebe.

Vor einem neuen Aufbruch scheint die Kirche Kubas zu stehen. Dafür sprechen zwei spektakuläre Ereignisse. Erstens das Buch „Fidel und die Religion“, das Gespräche des brasilianischen Dominikanerbruders Alberto Libanio mit Fidel Castro wiedergibt und im November 1985 erschienen ist. Zweitens die erste nationale Kirchenversammlung, die mit Erlaubnis des Regimes vom 17. bis 23. Februar 1986 in Havanna stattfand. In diesem Zusammenhang kam es auch zu Gesprächen zwischen Castro und dem Präsidenten des Päpstlichen Laienrates, Kardinal Eduardo Pironio, dem Sekretär des Latein-amerikanischen Bischofsrates CELAM, Bischof Dario Castrillón und dem Leiter der Adveniat-Geschäftsstelle, Weihbischof Emil Stehle. Alle äußerten sich positiv über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche auf Kuba.

In Peru äußerte sich der Vater der südamerikanischen Befreiungstheologie Gustavo Gutierrez positiv zum vatikanischen Dokument über die christliche Freiheit und die Befreiung vom 5. April 1986. Der brasilianische Befreiungstheologe Leonardo Boff, dessen im Mai 1985 vom Vatikan auferlegtes „Schweigegebot“ vorzeitig aufgehoben worden ist, schrieb im April einen offenen Brief an Kardinal Ratzinger über das obgenannte Dokument. Darin stimmte der Theologe mit der Auffassung der Glaubenskongregation überein, wonach der „Hunger nach Gott“ für die „armen Massen der Dritten Welt“ die entscheidende Frage sei. Den „Hunger nach dem täglichen Brot“ wertete der bekannte Theologe jedoch als die „dringlichste Frage“.

Obschon sich die Kirche Afrikas mit Problemen wie Verchristlichung der Ehe, Inkulturation, einheimischen unabhängigen Kirchen und dem Islam konfrontiert sieht, verzeichnet sie dennoch ein außergewöhnliches Wachstum. Zählte man im Jahre 1900 1,1 Millionen Katholiken, so waren es 1960 bereits 24 Millionen und 1985 ca. 64 Millionen. 1960 gab es einen einzigen afrikanischen Kardinal und nur 70 afrikanische Bischöfe. 1985 waren es 14 Kardinäle und 337 einheimische Oberhirten. Allenthalben kommt es aber auch in Afrika immer noch zu Christenverfolgungen. So nehmen diese in Äthiopien immer größere Ausmaße an, wobei sie sowohl Kopten, Katholiken und Protestanten treffen. Große Besorgnis löste in Libyen Staatschef Gaddafi aus. Im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen USA und Libyen wurde auch der Apostolische Vikar in Tripolis Giovanni Martinelli eine Zeitlang in Haft gesetzt.

Für die Asienchronik stellte der Papstbesuch vom 1. bis zum 10. Februar 1986 in Indien ohne Zweifel den Höhepunkt dar. Dabei war die Begegnung zwischen Johannes Paul II. und Mutter Teresa in Kalkutta besonders ergreifend. Am Ausgang des Sterbehauses konnte der Papst auf einer Tafel unter dem Datum vom 3. Februar folgenden Tagesbe-

richt lesen: „Zwei Zugänge, null Entlassungen, vier Tote — dies tun wir für Jesus.“ Zum Abschluß des Indienbesuches hat Johannes Paul II. in Bombay das Verbot von Abtreibungen und künstlicher Geburtenregelung bekräftigt. Alles in allem war diese Papstreise ein großer Erfolg. Obwohl die Katholiken in Indien eine kleine Minderheit (1,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) ausmachen, strömten dennoch Hunderttausende zusammen, um den „weisen Mann aus dem Westen“ zu sehen.

Eine entscheidende Rolle spielte die katholische Kirche bei der Ablösung des Marcos-Regimes auf den *Philippinen*. Trotz der vorsichtigen Haltung des Vatikans und des Nuntius in Manila haben die Bischöfe des Landes eindeutig Stellung genommen. Auf die Frage von Journalisten, ob sich Kardinal Sin während der kritischen Tage mit dem Nuntius abgesprochen habe, antwortete der Kardinal: Mit dem Nuntius spreche ich nur über das Wetter. Aus dem Vatikan verlautete Mitte März, Johannes Paul II. sei nicht ganz glücklich über das politische Engagement der philippinischen Bischöfe gewesen.

In einem aufsehenerregenden Dokument erklärte der Heilige Synod der russisch-orthodoxen Kirche Anfang April in *Moskau*, daß das Prinzip vom „gerechten Krieg“ bezüglich eines Atomkrieges nicht mehr angewendet werden könne. Auch das Rüstungsgleichgewicht könne vom christlichen Standpunkt nur als „Provisorium“ auf dem Weg zur Abrüstung angesehen werden. Etwa einen Monat später kam es zum furchtbaren Reaktorunfall von Tschernobyl, der eine Zeitlang die ganze Welt in Atem hielt. In diesem Zusammenhang appellierte das in Rom lebende Oberhaupt der ukrainisch-katholischen Kirche, Kardinal Myroslaw Lubachivsky, an alle Menschen guten Willens, sich „in allen denkbaren Weisen der Barmherzigkeit zugunsten des gequälten ukrainischen Volkes zu engagieren, dessen schon so zahlreiche Leiden und Entbehrungen durch diese neue Tragödie von unabsehbaren Konsequenzen vermehrt werden.“

2. Der Fall Zeidler

Empörung löste in Deutschland der Fall Zeidler aus. Im Jänner 1986 sagte der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Professor Wolfgang Zeidler, anlässlich der „Bitburger Gespräche“, einem Treffen hochrangiger deutscher Juristen, daß das im Strafgesetzbuch § 216 festgeschriebene Verbot der Tötung auf Verlangen als eine „Insel der Inhumanität in der Folge kirchlichen Einflusses auf unsere Rechtsordnung“ sei. Dann nannte er noch die befruchtete Eizelle ein „himbeerähnliches Gebilde“ und eine „wuchernde Substanz der ersten Stunden“.

Während die bei den Gesprächen anwesenden Presseleute diese provokanten Äußerungen des hohen Verfassungsjuristen mehr oder weniger übergingen, schlug die „Rheinische Post“ Alarm. Daraufhin bezog der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, gegen diese beinahe unbegreifliche Herausforderung eines der höchsten Vertreter des deutschen Staates Stellung. Mit ungewohnt harten Worten verurteilte der Kirchenmann die Äußerung Zeidlers, indem er sie als „ungeheuerlich“, „grundsatzwidrig“ und „ignorant“ zurückwies. Mit Berufung auf Artikel 20 des Grundgesetzes, der die Verfassung schützt, forderte Höffner Konsequenzen im Fall Zeidler, d. h. im Klartext: der Kardinal verlangte den Rücktritt des höchsten Richters der Bundesrepublik.

Wie selten zuvor fand die Stellungnahme des Kölner Erzbischofs in der breiten Öffentlichkeit eine einhellige Zustimmung. Der Präsident der katholischen Akademikararbeit, Ludwig Freibüter, wies in einer Stellungnahme die Äußerungen Zeidlers energisch zurück. Der evangelische Landesbischof in Bayern, Johannes Hanselmann, sagte, die

Bemerkungen des Juristen über das ungeborene Leben seien „absolut diffamierend“. Christen müßten die Worte des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes „geradezu als unglaublichen Schlag ins Gesicht empfinden“. Geradezu mit Entsetzen hat die Gemeinschaft der katholischen und evangelischen Geistlichen, die im Konzentrationslager in Dachau inhaftiert waren, die Worte Zeidlers aufgenommen. Scharfe Kritik übten auch die großen Parteien. In dieser Auseinandersetzung ging es schließlich immer mehr um die grundsätzliche Diskussion über die ethischen Werte und ihrer Berücksichtigung in der Gesetzgebung. Sicher ist, daß, wie schon Höffner betonte, der Zusammenhang zwischen Recht, Gesetz und Sittlichkeit unaufhebbar ist.

3. Mehr Freiheit für Chinas Kirche?

„Von nun an ist unsere Kirche wieder ein heiliger Ort. Jesus Christus wird hier für immer bleiben.“ So sprach der „patriotische“ katholische Bischof von Peking Fu Tieshan, als er am Weihnachtsabend 1985 die Beitang, die größte Kathedrale des Landes und der Stadt, nach siebenundzwanzigjähriger Sperre und kostspieligen Renovierungen wieder einweihte. Die 2000 Menschen fassende Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt, viele Christen hatten draußen bleiben müssen. Es war die vierte Eröffnung des Gotteshauses seit seiner Gründung durch die Jesuiten vor 400 Jahren, was allein schon die wechselhafte Geschichte des Christentums in China deutlich macht.

Ist nun die Freiheit für die Kirche Chinas gekommen?

Sicher nicht für die *romtreue* Kirche im Untergrund, die nicht bereit war, die „sozialistische Umgestaltung“ von 1958 mitzumachen. Bischof Fu Tieshan sieht in dem römischen Bestreben nach einer Kontrolle der chinesischen Kirche sogar eine Fortsetzung des Kolonialismus. Trotzdem äußerte sich der vatikanische „Außenminister“ Erzbischof Achille Silvestrini in letzter Zeit sehr vorsichtig, wenn er meinte, es sei „noch nicht klar“, wie weit die *patriotische* Kirche in China wirklich eine „Position des Bruchs“ mit Rom bedeute (Die Furche, 23. August 1985, S. 10).

Umgekehrt sollte man freilich im Gedächtnis behalten, was in einem neueren kommunistischen Geheimdokument zu lesen ist: „Es ist unser Hauptprinzip und unsere grundlegende Politik, allmählich den Einfluß *jeder Religion* zu schwächen, die Zahl der Gläubigen zu verringern und ihr Verschwinden zu beschleunigen. Das ist ein historischer Anspruch, der über eine lange Periode hinweg zu Ende gebracht werden muß. Es ist unrealistisch zu glauben, daß die Religion mit der Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft rasch aussterben wird“ (Sunday Telegraph, 5. 1. 1986). Man will also positiv an der Zurückdrängung der Religion, die dennoch offiziell „Freiheit“ genießt, arbeiten. Andererseits restauriert man Kirchen mit staatlicher und städtischer Hilfe und subventioniert Priesterseminare. In Shanghai darf sogar eine chinesische Ausgabe der Jerusalem-Bibel gedruckt werden.

Unter Berücksichtigung dieser divergierenden Fakten wird man also realistischerweise damit rechnen müssen, daß die zur Schau gestellte Freiheit nur einen Punkt im Programm der Öffnung des Landes sowie seines wirtschaftlichen Anschlusses an den Westen darstellt. Die Kirche wird aber gut daran tun, den momentanen Freiheitsraum zu nützen.

Aufsehen erregte kürzlich Weihbischof Jin Luxian von Shanghai mit einem Vortrag in Bonn, der ein Zusammenwachsen der über drei Millionen patriotischen mit den vielleicht ebenfalls drei Millionen romtreuen Katholiken für möglich hält. Der aufgrund

einer besonderen Situation entstandene Graben zwischen Rom und Peking sei nicht als Affront gegen den Papst und die Kurie zu verstehen, auch wenn die Katholiken Chinas Weisheit genug besäßen, „ihre Kirche selbständig zu leiten“ (Deutsche Tagespost 25./26. 4. 1986, S. 5). Inzwischen hat freilich der Jesuit P. Ladislaus Ladany S. J., Hongkong, Bischof Luxian als Werkzeug der Volksrepublik bezeichnet. Die Lage bleibt weiterhin zwiespältig.

36 Geschäftsstellen in Linz und Oberösterreich

Linz und Umgebung

Rudigierstraße 5 - 7
Domgasse 12
Froschberg, Bockgasse
Hasnerstraße
Kleinmünchen, Zeppelinstr.
Neue Welt, Kremsplstraße
Auberg, Rosenauerstraße
Urfahr, Linke Brückenstr.
Gründberg, Leonfeldner Str.
Haid, Salzburger Straße
Leonding, Mayrhansenstr.

Oberösterreich

Asten
Bad Ischl
Bad Schallerbach
Braunau a. Inn
Dietach
Gmunden
Grieskirchen
Grünau
Hochburg-Ach
Kammer a. A.
Kirchdorf a. d. Kr.

Neuzeug-Sieringh.

Niederneukirchen
Ostermiething
Perg
Ried i. Innkreis
Schwertberg
St. Florian b. Linz
Steyr
Steyr-Tabor
Vöcklabruck
Vorchdorf
Wels

VKB Bank

Wo der Mensch Vorrang hat